

Klimawandel und Energieversorgung

Schon seit Jahrzehnten warnen uns die Klimaforscher vor der Möglichkeit eines von uns Menschen verursachten Klimawandels: Jetzt, am 2. Februar 2007 haben sie nun endgültig festgestellt, dass der Klimawandel durch die Emission von Treibhausgasen und vorwiegend durch die Verbrennung von Kohle, Mineralöl und Erdgas verursacht wird. Sie haben auch gesagt, dass die jetzt bereits vorliegenden Veränderungen des Klimas über Jahrhunderte bestehen bleiben, und dass wir Menschen nur noch die Möglichkeit haben, den Schaden in erträglichen Grenzen zu halten.

In der Kirchenzeitung vom 18. Februar schreibt dazu der Freiburger Weihbischof Bernd Uhl, es entspräche dem Gebot der Nächstenliebe, etwas für den Klimaschutz zu tun, weil die Nächsten, die nach uns leben werden, auch ein Recht auf ein lebenswertes Leben in einer erträglichen Umweltsituation haben.

Wir sind also aufgerufen, alles in unserer Macht stehende zu tun, damit die Emissionen von Treibhausgasen so schnell wie möglich reduziert bzw. gestoppt werden.

Wir, das ist jeder einzelne von uns in seinem privaten Umfeld, das sind die Unternehmen und das ist auch, und nicht zuletzt, die Öffentliche Hand.

Die Energieträger Kohle, Mineralöl und Erdgas müssen also so schnell wie möglich ersetzt werden. Die heutigen Energieversorger, d.h. die Betreiber der zentralen Stromkraftwerke, die Mineralöl- und Erdgasgesellschaften befürworten dazu als Lösung den Ausbau der Atomenergie sowie die Entwicklung von so genannten sauberen Kohlekraftwerken und parallel dazu die Förderung der Erneuerbaren Energien.

Es darf nicht verwundern, dass die großen Energieversorger, die über Jahrzehnte hinweg ein Energiemonopol ausgeübt und ausgenutzt haben, nun, mit aller Macht, Klimawandel hin oder her, dieses Monopol aufrechterhalten wollen. Dazu benutzen sie in einem raffinierten Medien- und Propagandafeldzug die Milliardenbeträge, die sie steuerfrei zur Entsorgung zurückstellen durften. Sie können bei ihrem Feldzug auch mit der Unterstützung von Regierungschefs und Ministern rechnen, die ihnen wohl gesonnen sind.

Die zwei hauptsächlichen Propagandaaussagen der Kernenergiebefürworter sind die angebliche Klimafreundlichkeit der Atomkraft und die angebliche Unverzichtbarkeit der Atomenergie für die Versorgungssicherheit. Beide Argumente sind falsch!

In keinem Land wird es möglich sein, eine zentrale Stromversorgung ausschließlich über die Atomenergie zu gewährleisten: Folglich werden mit dieser Strategie immer auch das Klima schädigende fossile Großkraftwerke notwendig sein. Entsprechend der Energiequelle müssen dann auch die Verteilungsnetze zentral angelegt sein.

Ganz anders mit den Erneuerbaren Energien.

Dazu muss als erstes gesagt werden, dass eindeutig gesicherte wissenschaftliche Studie vorliegen, wonach eine 100% Strom- und Energieversorgung in jedem Land der Erde, also auch in Belgien, ausschließlich über eigene Erneuerbare Energiequellen möglich ist, in Verbindung mit der Kraft-Wärme-Kopplung für die Unternehmen und mit einer 55% Verbrauchsreduktion durch Energieeinsparung und Effizienzsteigerung. Dementsprechend müssen dann die Verteilernetze der Stromversorgung auch mit dezentraler Ausrichtung angelegt werden.

Die von der konventionellen Energielobby vorgeschlagene Kombination von Atomkraft und Erneuerbaren Energien ist also schon allein vom Verteilersystem her unvereinbar. In Wirklichkeit sollen die EE ja auch nicht wirklich gefördert, sondern sie sollen verhindert und so klein wie gewünscht gehalten werden, denn Sonnenenergie lässt sich nun mal nicht monopolisieren! Das ist der entscheidende Vorbehalt der heutigen Energiewirtschaft gegen die EE.

Deshalb ist jetzt, mehr als je zuvor, der Verantwortungssinn von uns allen gefordert, denn es geht, wie es der bekannte Buchautor Lester R. Brown im Untertitel seines in 2006

erschienenen Buches „Plan B 2.0“ sagt, um nichts weniger als um die Rettung der Zivilisation!

Neben den persönlichen Maßnahmen der Energieeinsparung und der Vermeidung fossiler Energiequellen, müssen wir auch **die** politischen Parteien ausschließen, die sich offen oder verdeckt für die Atomenergie, über den schon festgelegten gesetzlichen Rahmen hinaus, einsetzen, und die offen oder verdeckt den flächendeckenden Ausbau der EE mit administrativen oder mit steuermäßigen Schikanen oder durch Tatenlosigkeit verzögern oder verhindern.

Joseph Meyer, St. Vith